

*Kinderbetreuung Ausbau der Mutterschaftsversicherung wird erneut zum Thema*

## **Der Elternschaftsurlaub verläuft im Sand**

Politiker aus allen Parteien fordern einen Vaterschaftsurlaub. Doch der Bund tritt auf die Bremse. Zudem fehlt ein klarer politischer Wille.

### **Marcello Odermatt, Bern**

Sollen Väter gesetzlichen Anspruch erhalten, nach der Geburt ihres Kindes Urlaub zu bekommen? Allenfalls gar bezahlt? Bisher wird der Vaterschaftsurlaub privatrechtlich je nach Unternehmen, einmal grosszügiger, einmal mickriger, geregelt. Deshalb diskutieren Bundespolitiker seit Jahren immer wieder über einen gesetzlich verankerten Vaterschaftsurlaub. Doch bisher scheiterten im Parlament sämtliche Anläufe. Vor zwei Jahren stimmte der Nationalrat zwar einer Motion der SP zu, doch der Ständerat lehnte den Vorstoss ab. Eine parlamentarische Initiative der Grünen hatte im letzten Dezember auch im Nationalrat keine Chance mehr. Und der Versuch von SVP-Nationalrat Oskar Freysinger (VS), den 14-wöchigen Mutterschaftsurlaub kostenneutral als Elternschaftsurlaub zu definieren, so dass Eltern die Wochen selbst aufteilen können, wurde eben erst abgeschrieben.

Doch die Politiker bleiben hart. Aktiv wurde CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer (ZH) mit einem Postulat. Sie schlägt drei Modelle vor, mit denen es Eltern ermöglicht werden soll, den Mutterschaftsurlaub unter sich aufzuteilen. Dabei soll die Mutter das vorgeschriebene Arbeitsverbot einhalten (acht Wochen). Die restlichen Wochen, im ersten Fall neu gar acht, im zweiten Fall wie bisher sechs, sollen Väter und Mütter aufteilen. In eine ähnliche Richtung geht FDP-Nationalrat Hugues Hiltbold (GE), der einen zweiwöchigen, frei zu verteilenden Elternschaftsurlaub als Ergänzung zum Mutterschaftsurlaub fordert. In allen Fällen würde die Mutterschaftsversicherung dafür aufkommen, wobei die bürgerlichen Vertreter im Gegensatz zu den Linken auf eine kostenneutrale Lösung setzen. Schmid-Federer schlägt daher auch einen unbezahlten Urlaub via Arbeitsrecht vor.

Bundesrat warnt vor Kosten

Doch trotz überparteilichem Druck: Die Aussichten für berufstätige Väter, die ihre Säuglinge einige Wochen bezahlt betreuen wollen, stehen schlecht. Bei den Bürgerlichen gehen die Meinungen trotz namhafter Befürworter weit auseinander. Und beim federführenden Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) von Bundesrat Pascal Couchepin will man partout nichts wissen davon. Der Bundesrat ist einzig bereit, die unbezahlte Minimalvariante zu prüfen. Doch ein Ausbau der Mutterschaftsversicherung komme nicht in Frage, sagt Mario Christoffel vom BSV. Denn: «Eine kostenneutrale Lösung ist gar nicht möglich.» Weil Männer immer noch höhere Löhne hätten und meist einen höheren Beschäftigungsgrad, würde die Aufteilung der Mutterschaftsversicherung auf Frau und Mann so oder so zu Mehrausgaben führen. Der Bundesrat sei der Meinung, der Vaterschaftsurlaub sei zwischen den Sozialpartnern auf privater Ebene zu lösen, wie dies in einigen Firmen bereits der Fall ist.

Mutterschaftsversicherung sichern

Zudem, so Christoffel: «Aus sozialpolitischer Sicht gibt es dringlichere Probleme als den Vaterschaftsurlaub.» Es sei ohnehin wichtiger, die seit Juli 2005 existierende, via Erwerbsersatzordnung finanzierte Mutterschaftsversicherung längerfristig zu sichern. Diese sei und bleibe zwar stabil, so Christoffel. Doch würde das System ausgebaut, käme sie in Bedrängnis. Bereits heute nimmt die Versicherung weniger ein, als sie ausgibt. Die Ausgaben betragen jährlich rund 1,3 Milliarden, eingenommen wird aber weniger als eine Milliarde. Die Lücke wird über einen Fonds gedeckt, der einst mit zwei Milliarden geäufnet war. Sobald auch dieser ausgetrocknet ist, wird der Bundesrat die Beiträge für die Erwerbsersatzordnung erhöhen. Dies kann er im Alleingang auf Verordnungsebene tun. Und dies wird laut Christoffel sicher 2011 nötig werden.